

Fragen für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. Januar 1972

am Donnerstag, dem 20. Januar 1972

am Freitag, dem 21. Januar 1972

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	15
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen . .	5, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9
Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	10, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungs- wesen	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	13, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	28 *)

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter
Würtz Hält das Bundesministerium der Verteidigung den Verwaltungsaufwand für die Berechnung, Bewilligung und Auszahlung der Feuerwerkerzulage von 5 DM pro Einsatztag für gerechtfertigt?
2. Abgeordneter
Würtz Ist an eine pauschale Abgeltung der Feuerwerkerzulage gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter
Riedel
(Frankfurt) Wenn die Bundesregierung die in der Neujahrsansprache des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zum Ausdruck gekommene Auffassung der Regierung der „DDR“, daß die „DDR“ durch den Moskauer und Warschauer Vertrag sowie durch das Viermächteabkommen und die innerdeutschen Abkommen über Berlin völkerrechtlich verbindlich als souveräner Staat, ihr Territorium und ihre Grenzen als unbestreitbare Realitäten anerkannt worden sei, nicht teilt, wie ist es dann möglich, daß sie auf der Grundlage dieses Dissenses — nach der Auffassung der Bundesregierung sind die Verträge lediglich Zustandsbeschreibungen — Verhandlungen über ein Generalabkommen mit der „DDR“ beginnen will?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter
Dr. Miltner Ist die Bundesregierung bereit, den Text der Weisung mitzuteilen, wie der Bundesgrenzschutz und die bayerische Landespolizei bei der Einreise einer SED-Delegation zum DKP-Parteitag (25. November bis 28. November 1971) in Düsseldorf zu verfahren hatte?
5. Abgeordneter
Dr. Miltner Ist der Bundesregierung bekannt, daß neben Albert Norden, Mitglied des SED-Politbüros, auch Heinz Gegel, Abteilungsleiter im SED-Zentralkomitee, in dem Sonderwagen zum DKP-Parteitag miteingereist ist, und daß beide in den genannten Gremien die Hauptverantwortlichen sind für die subversive Arbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland?

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Büchner | Wie beurteilt die Bundesregierung als Konsortialpartner die Notwendigkeit von Reisen — insbesondere zur Überreichung von Einladungen zu den Spielen der XX. Olympiade 1972 in München — durch das Organisationskomitee für die Spiele der XX. Olympiade 1972? |
| 7. Abgeordneter
Büchner | Ist der Bundesregierung bekannt, welche Länder von Delegationen des Olympischen Organisationskomitees bisher besucht wurden, und welche Kosten dadurch entstanden sind? |
| 8. Abgeordneter
Schirmer | Beabsichtigt die Bundesregierung, die vom Deutschen Sportbund angestrebten strukturellen Änderungen zu fördern und fachliche wie finanzielle Hilfen für den Aufbau einer „Führungs- und Verwaltungsschule des Sports“ zu gewähren? |
| 9. Abgeordneter
Schirmer | Wird die Bundesregierung bemüht sein, Einvernehmen mit dem Deutschen Sportbund herzustellen, um die neu zu schaffende Schule räumlich möglichst mit bestehenden Einrichtungen für die Sportförderung zu verbinden (Bundesleistungszentren) und Berlin als Standort für die mehrmonatigen Ausbildungslehrgänge zu berücksichtigen? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf einzuwirken, daß in die Unfallverhütungsvorschriften für Kassen (UVV-Kassen) der Anschluß sämtlicher Filialen der Banken und Sparkassen in das Alarmsystem der Polizei aufgenommen wird? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen | In welchen Zeitabständen werden die Unfallverhütungsvorschriften überprüft, um die Erfahrungen zu berücksichtigen, die sich aus den Überfällen ergeben (Sicherung von Seiteneingängen usw.)? |
| 12. Abgeordneter
Cramer | Gedenkt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag eine Erhöhung der Sätze der Kriegsschadensrente (Unterhaltshilfe) vorzuschlagen, damit Unterhaltshilfeempfänger nicht mehr auf Leistungen aus der Sozialhilfe angewiesen sind? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Evers | Ist der Bundesregierung der Artikel „Die Freiheit verliert in Amtsstuben an Glanz“ von Wolf-Dieter Grosse in der Badischen Zeitung vom 31. Dezember 1971 bekannt, und welches ist die Stellungnahme der Bundesregierung zu den in diesem Artikel erhobenen Vorwürfen? |

14. Abgeordneter
Dr. Evers Ist die Bundesregierung bereit, die erhobenen Vorwürfe zu überprüfen und darauf hinzuwirken, daß das im Grundgesetz verankerte politische Asylrecht nicht durch die Verwaltungspraxis eingeschränkt wird, so wie es in diesem Artikel zum Ausdruck kommt?
15. Abgeordneter
Dr. Arnold Trifft es zu, daß eine neue Abgasreinigungsvorrichtung, die den staatlichen Vorschriften in aller Welt entsprechen soll, von der Technischen Universität in Kopenhagen vorgestellt worden ist?
16. Abgeordneter
Dr. Arnold Trifft es außerdem zu, daß diese neue Vorrichtung unter anderem 50% der Bleizusätze unwirksam machen und sich nicht auf den Benzinverbrauch auswirken soll?
17. Abgeordneter
Höcherl Hält die Bundesregierung eine gesetzliche Pflicht zur Meldung und Registrierung aller im privaten Besitz befindlichen Schußwaffen für zweckmäßig, und ist sie bereit, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?
18. Abgeordneter
Dr. Franz Wie beurteilt die Bundesregierung die Streichung der Grundunterstützung für den Deutschen Schriftstellerverband im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den deutschen Schriftstellern?
19. Abgeordneter
Dr. Franz Ist die Bundesregierung bereit, die Entscheidung zu revidieren, oder will sie mit der ersatzweise geplanten Einzelbewilligung eine verstärkte Kontrolle im Hinblick auf von der Bundesregierung nicht gewünschte Kontakte ausüben?
20. Abgeordneter
Dr. Jobst Versteht die Bundesregierung unter dem Begriff der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ eines anderen Staates nicht nur den Verzicht auf offizielle staatliche Maßnahmen, sondern auch den Verzicht auf illegale Aktivitäten wie Infiltration, Zersetzung, Subversion und „Agentenaufklärung“ (Spionage), die von kommunistischen Parteien und ihren Hilfsorganisationen (nationalen wie internationalen) zum Zweck der „friedlichen“ Bekämpfung der Gesellschafts- und Staatsordnung des Vertragspartners im Sinne des revolutionären Klassenkampfes betrieben werden?
21. Abgeordneter
Dr. Jobst Hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen über die Ostverträge dafür Sorge getragen, daß auch ihre Vertragspartner auf die Praxis einer „Politik des doppelten Bodens“, d. h. auch auf die nicht-staatliche Einmischung in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland verbindlich verzichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

22. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) Welche Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen hält die Bundesregierung für angebracht, um dem sich ausbreitenden Verbrecherwesen und der steigenden Zahl von räuberischen Erpressungen entgegenzuwirken?
23. Abgeordneter
Barche Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft zu verhindern, daß Femegerichte südkoreanischer Gastarbeiter — gleichgültig aus welchen Gründen oder wegen welcher Vergehen — Todesurteile über ihre Landsleute aussprechen und sie direkt oder indirekt vollstrecken?
24. Abgeordneter
Dr. Arndt
(Hamburg) Ist der Bundesregierung die Äußerung des Strafrechtsprofessors Dr. Baumann in der Fernsehsendung „Panorama“ am 15. November 1971 bekannt, durch die vorgeschlagen wurde, bestimmte Delikte der Diebstahls-Kleinkriminalität aus dem Strafrecht herauszunehmen und in Ordnungswidrigkeiten umzuwandeln?
25. Abgeordneter
Dr. Arndt
(Hamburg) Teilt die Bundesregierung die vorerwähnte Meinung Professor Dr. Baumanns und gegebenenfalls für welche Delikte (z. B. Diebstähle in Selbstbedienungsläden oder bis zu einer bestimmten Wertobergrenze)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Wirtschaft und Finanzen**

26. Abgeordneter
Schlaga Ist der Bundesregierung bekannt, daß private Versicherungsunternehmer mit ausdrücklicher Billigung des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen Versicherungsnehmer auffordern, ihre (z. B.) Hausratsversicherungssumme zu erhöhen und die Einwilligung zur Erhöhung der Prämie als gegeben ansehen, wenn der Versicherungsnehmer nicht innerhalb sechs Wochen widerspricht?
27. Abgeordneter
Schlaga Ist die Bundesregierung gewillt, das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen umgehend zu veranlassen, die obengenannte Zustimmung gegenüber der Versicherungswirtschaft zu widerrufen und das Geschäftsgebaren der Versicherungen stärker als bisher im Interesse der Versicherten zu kontrollieren, um so auch üble Geschäftstricks der angeführten Art ein für alle mal zu unterbinden?

28. Abgeordneter
Offergeld
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche, zum Teil preisgebundene westdeutsche Markenartikel, z. B. der Elektro- und der Fotobranche, dem Verbraucher in der Schweiz wesentlich billiger als in der Bundesrepublik Deutschland angeboten werden, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Tatsache?
29. Abgeordneter
Vogt
- Wie hoch war in den Jahren 1970 und 1971 der Vermögensverlust ggf. der Substanzverlust der Geldvermögen aufgeteilt nach den Anlageformen: Sparen auf Konten mit gesetzlicher Kündigungsfrist, Termin- und Spargelder mit längeren Kündigungs- bzw. Festlegungsfristen, Lebensversicherungssparen und Sparen in festverzinslichen Wertpapieren auf Grund der Geldentwertung ausgedrückt im Anstieg der Lebenshaltungskosten, und Sparen auf Bausparkonten, auf Grund der Geldentwertung ausgedrückt in der Preissteigerungsrate für den Wohnungsbau, und in welcher Relation stehen diese Vermögensverluste bzw. Substanzverluste zu den finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand zum Zwecke der Sparförderung?
30. Abgeordneter
Vogt
- Muß der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu den inneren Reformen in der 6. Legislaturperiode (Drucksachen VI/2604, VI/2709) „die durchschnittliche Verzinsung der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die vielfach mehr unter Liquiditäts- als unter Renditegesichtspunkten angelegt werden, liegt seit kurzem etwas unter der Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten“ entnommen werden, daß die Bundesregierung der Meinung ist, solche Spareinlagen — sie machen immerhin etwa 60% des Bestands an Geldvermögen aus — hätten nur Anspruch auf Verzinsung in Höhe des Anstiegs der Kosten der Lebenshaltung?
31. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Hält die Bundesregierung es für möglich, den Warenverkehr mit der „DDR“ als Bestandteil des innerdeutschen Handels für die Zukunft aufrecht zu erhalten?
32. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Hat die Bundesregierung über den innerdeutschen Handel — der von den Mitgliedstaaten der EWG in immer stärkerem Umfang als vertrags- und systemwidrig kritisiert wird — Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission geführt, um zu erreichen, daß im Zuge der weiteren politischen Aktionen Mitteldeutschland, das bisher als Teil einer deutschen Zollunion im Verein mit der Bundesrepublik Deutschland bewertet wurde, nicht Drittland, das heißt Ausland wird, und wenn ja, mit welchem Erfolg?

33. Abgeordneter **van Delden** Was war der Anlaß und welche Rechtsgrundlage besteht dafür, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes einen Anspruch auf einen erheblichen Prämienrabatt auf die beim privaten Halten eines Kraftfahrzeugs anfallende Haftpflichtversicherung haben?
34. Abgeordneter **van Delden** Hält die Bundesregierung es für angebracht, daß dieses Privileg auch angesichts der heftigen Kritik an den drastischen Erhöhungen der Kfz-Versicherungsprämien, aber auch insbesondere unter Berücksichtigung der Frage der gleichen Behandlung aller Kraftfahrzeughalter aufrecht erhalten wird?
35. Abgeordneter **Dr. Haack** Was sagt die Bundesregierung zu dem Vorwurf des bayerischen Ministerpräsidenten in einer Presseverlautbarung der bayerischen Staatskanzlei (Süddeutsche Zeitung vom 11. Januar 1972), die Strukturpolitik des Bundes bringe für Bayern viele Nachteile?
36. Abgeordneter **Matthöfer** Welche Ergebnisse hatte bisher die vom Bundesrechnungshof zur Vermeidung von Steuerausfällen und zur Verhinderung der Inanspruchnahme nicht gerechtfertigter Steuervorteile vorgeschlagene verstärkte und zeitnahe Überprüfung der sogenannten Abschreibungsgesellschaften, die in den letzten Jahren zur Finanzierung durch Sonderabschreibungen begünstigter Investitionen gegründet wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

37. Abgeordneter **Kleinert** Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen Kraftfahrer jährlich Körper- oder Sachschäden durch Wild erleiden, und welche Beträge dabei von keiner Seite ersetzt werden?
38. Abgeordneter **Kleinert** Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, wie — in Zusammenarbeit mit den Versicherungsgesellschaften und anderen beteiligten Verbänden, z. B. der Kraftfahrer oder Jagdpächter — eine Regelung gefunden werden könnte, die den völlig unschuldig in solche Unfälle verwickelten Kraftfahrern zum Ersatz des entstandenen Schadens verhilft?
39. Abgeordneter **Rollmann** Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die Schwierigkeiten der deutschen Konservenindustrie zum wenigsten von den Einfuhren aus den Drittländern herrühren, da die von dort eingeführten Obst- und Gemüsekonserven kaum in der EWG hergestellt werden?

40. Abgeordneter
Rollmann Rühren die Schwierigkeiten der deutschen Konservenindustrie nicht vielmehr daher, daß diese insbesondere mit den Erbsen-, Bohnen- und Mischgemüsekonserven der französischen, belgischen und holländischen Konservenindustrie nicht konkurrenzfähig ist?
41. Abgeordneter
Dr. Beermann Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Schülern von landwirtschaftlichen Schulen erhebliche Beunruhigung über die Zukunftschancen ihres Berufs herrscht?
42. Abgeordneter
Dr. Beermann Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen oder gedenkt sie zu ergreifen, um diesen jungen Menschen ein klares Bild über ihre Zukunftschancen in der Landwirtschaft zu geben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

43. Abgeordnete
Frau Lauterbach Sind der Bundesregierung Meldungen bekannt, und inwieweit treffen sie zu, daß private Versicherungsverbände Eltern schulpflichtiger Kinder zu einer freiwilligen Zusatzversicherung auf dem Weg über die Schulleitung auffordern, weil das am 1. April 1971 in Kraft getretene Gesetz zur Unfallversicherung für Kinder in Kindergärten, Schüler und Studenten den Unfallschutz dieses Personenkreises nicht ausreichend gewährleiste?
44. Abgeordnete
Frau Lauterbach Treffen Meldungen der gleichen privaten Versicherungsverbände zu, daß z. B. Schüler nicht unter diesem gesetzlichen Unfallschutz stehen, wenn sie auf dem Schulweg zum Erwerb von Schulmaterialien einen dafür notwendigen Umweg machen müssen (sogenannte eigenwirtschaftliche Tätigkeit)?
45. Abgeordneter
Heyen Findet in der Bundesrepublik Deutschland — wenn ja, in welcher Form — eine regelmäßige Überprüfung von Wohnungen und Unterkünften von Gastarbeitern auf die Einhaltung von Minimalanforderungen an menschenwürdiges Wohnen statt?
46. Abgeordneter
Weigl Wie viele Spätheimkehrer und Schwerbeschädigte gehen heute im Alter von über 60 Lebensjahren und im Alter von über 63 Lebensjahren einer rentenversicherungspflichtigen Tätigkeit nach?

47. Abgeordneter
Weigl Wie würde sich die vorzeitige Gewährung von Altersruhegeld an alle Spätheimkehrer und Schwerbeschädigten bei Erreichung des 60. bzw. 63. Lebensjahrs unter Zugrundelegung der jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Erfüllung einer Anwartschaft auf Altersruhegeld auf die Finanzsituation der Rentenversicherungsträger in den kommenden 15 Jahren auswirken?
48. Abgeordneter
Geisenhofer Trifft es zu, daß die meisten Rentenversicherungsträger die Ausschlußfrist des Artikels 2 § 44 (31. Dezember 1958) des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes auch dann einwenden, wenn der Versicherte 15 und mehr Versicherungsjahre nachweist und nach § 1249 RVO ab 1. Juli 1965 den Anspruch auf Rente gehabt hätte?
49. Abgeordneter
Geisenhofer Was gedenkt die Bundesregierung zur Beseitigung dieser, für viele rechtsunkundige Versicherte bestehenden Härte zu tun, und trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in solchen Fällen stillschweigend auf die Rechtskraft der früher ergangenen Bescheide verzichtet und den Versicherten einen Anspruch auf Rente einräumt?
50. Abgeordneter
Härzschel Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach flexiblen Ladenschlußzeiten mit der Begründung, daß die gleitende Arbeitszeit in immer mehr Bereichen und in immer größerem Umfang praktiziert werde und sich daraus auch eine veränderte Situation für den Handel ergäbe?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

51. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll) Sind der Bundesregierung die Ende des vergangenen Jahres veröffentlichten Berichte über die erheblich mißbräuchliche Anwendung von östrogenen Substanzen bei der Mast von Tieren in Süddoldenburg bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung noch vor der Verabschiedung der Novellierung des Arzneimittel-, Futtermittel- und Lebensmittelrechts zu unternehmen?
52. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll) Wird die Bundesregierung eine generelle Fleischuntersuchung auf Restsubstanzen von Wirkstoffen in Ausweitung der gesetzlichen Fleischschau vorsehen?

- | | |
|---|--|
| 53. Abgeordneter
Hansen | Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach es in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber 4584 Chirurgen nur 674 ausgebildete Anästhesisten gibt? |
| 54. Abgeordneter
Hansen | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um auf eine Verbesserung dieses Mißverhältnisses hinzuwirken? |
| 55. Abgeordneter
Dr. Haack | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die gerontologische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern? |
| 56. Abgeordneter
Anbuhl | Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zur Gründung eines Europäischen Jugendwerks im Rahmen des Europarats? |
| 57. Abgeordneter
Schulte
(Schwäbisch-Gmünd) | Ist es richtig, daß die Bundesregierung trotz eines laufenden Ermittlungsverfahrens gegen einen hohen Beamten des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit durch die Bundesanwaltschaft keine Suspendierung dieses Beamten vom Dienst oder Versetzung angeordnet hat? |

**Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

- | | |
|---|---|
| 58. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann | Sind der Bundesregierung die Gründe dafür bekannt, daß Frankreich im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, wo das generelle „Tempo 100“ außer Orts eingeführt werden soll, eine gleichartige generelle Regelung ab 15. Dezember 1971 durch differenzierte Höchstgeschwindigkeiten ablöst? |
| 59. Abgeordneter
Schmidt
(Würgendorf) | Kann die Bundesregierung genaue Angaben über Höhe und Art der Zahl der Eintragungen in das Verkehrszentralregister beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg für die Jahre 1970 und 1971 machen? |
| 60. Abgeordneter
Schmidt
(Würgendorf) | Ist die Bundesregierung bereit, die Zahl der Eintragungen, die meines Wissens für 1970 über 3 Millionen liegt, dadurch zu reduzieren, daß die Höhe der eintragungspflichtigen Bußgelder von derzeit 20 DM auf etwa 100 DM angehoben wird? |
| 61. Abgeordneter
Seefeld | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die vom Statistischen Bundesamt für das Jahrzehnt 1960 bis 1969 gezogene erschütternde Bilanz über die Zunahme der tödlichen Unfälle von Kindern — jährlich kommen etwa 3300 Kinder unter 15 Jahren durch Unfälle ums Leben — verbessern zu helfen? |

62. Abgeordneter
Dr. Schmude
- Besteht eine Weisung des Bundesministers für Verkehr an die nachgeordneten Behörden, bei Autobahnbauvorhaben auch in der Nähe von Wohngebieten Lärmschutzmaßnahmen aus Kostengründen regelmäßig nicht vorzusehen?
63. Abgeordneter
Dr. Böhme
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost Fachschulingenieuren, die sich verpflichten, eine bestimmte Zeit bei Bahn oder Post Dienst zu tun, eine Abgeltung für von den Bewerbern selbst aufgebraachte Studienkosten zahlen, und wie hoch sind diese Abgeltungen, und für wie lange müssen sich die Bewerber verpflichten?
64. Abgeordneter
Dr. Schwörer
- Zu welchen Schlüssen ist die Bundesregierung auf Grund der vom Bundesminister für Verkehr angekündigten Zusammenfassung aller bisher ergangenen Erlasse und Rundschreiben über Leitplanken unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen in bezug auf eine wirksame Anbringung von Leitplanken gekommen?
65. Abgeordneter
Dr. Schwörer
- Hat die Bundesregierung auf Grund neuer Kenntnisse und neuer Regelungen schon in diesem Jahr (1971) Maßnahmen ergriffen, um an gefährlichen Straßenabschnitten durch die Anbringung von Leitplanken vermeidbare Unfallfolgen auszuschließen, und hat sie die Länder aufgefordert, in ihrem Zuständigkeitsbereich das Gleiche zu tun?
66. Abgeordneter
**Dr. Riedl
(München)**
- Welche Ergebnisse hat die von Bundesverkehrsminister Leber nach dem Zugunglück in Rheinweiler eingesetzte Sonderkommission zur Überprüfung der Betriebssicherheit bei der Deutschen Bundesbahn erzielt, und welche Konsequenzen wurden daraus von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn bisher gezogen?
67. Abgeordneter
**Wagner
(Günzburg)**
- Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h für Kraftfahrzeuge mit Spikes-Reifen gemacht, und können insbesondere Angaben darüber erfolgen, wie in den europäischen Nachbarländern die Benützung von Spikes-Reifen hinsichtlich der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit gehandhabt wird?
68. Abgeordneter
**Wagner
(Günzburg)**
- Trifft die Behauptung von Automobilverbänden zu, wonach die Bundesregierung durch die 100 km/h-Beschränkung für Spikes-Reifen die Autofahrer auf die voraussichtlich am 1. Juni 1972 in Kraft tretende generelle Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h psychologisch vorbereiten wollte?

69. Abgeordneter
Schlee Welche Stellung nimmt die Bundesregierung zu der Erklärung des bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr, daß das bayerische Zonenrandgebiet bei der Einrichtung neuer Anschlüsse an das öffentliche Fernsprechnet unter Berücksichtigung des Anteils seiner Bevölkerung und seiner Fläche am gesamten Zonenrandgebiet der Bundesrepublik Deutschland benachteiligt werde?
70. Abgeordneter
Spitzmüller Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein bestimmtes Übergewicht ein ausreichender Grund für die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ist, wenn bis zum Zeitpunkt der Entlassung die übliche Arbeitsleistung erbracht wird?
71. Abgeordneter
Niegel Welche Postgebühren beabsichtigt die Bundesregierung bzw. die Deutsche Bundespost in welcher Höhe (absolut und prozentual) anzuheben, und wie ist dies sachlich nach der Einzelkalkulation unter Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten zu vertreten?
72. Abgeordneter
Niegel Wie wirkt sich die beabsichtigte Postgebührenerhöhung im Paketdienst auf die beteiligte Wirtschaft, insbesondere im Zonenrandgebiet, aus?
73. Abgeordneter
**Müller
(Berlin)** Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit dem Abschluß der Berlin-Verhandlungen Briefe aus Polen nach Westberlin, auf deren Umschlag zusätzlich zu der Berliner Anschrift die Buchstaben NRF, das heißt Bundesrepublik Deutschland, stehen, mit einem Aufkleber mit der Aufschrift: „Zurück an Absender, Berlin (West) ist kein Teil der BRD“ versehen sind?
74. Abgeordneter
**Müller
(Berlin)** Trifft es zu, daß die Sowjetunion seit einigen Monaten keine Postsendungen, die aus den Westsektoren Berlins abgeschickt werden und mit Briefmarken der Deutschen Bundespost mit dem Aufdruck „Berlin“ versehen sind, mehr befördert und die Sendungen, die einen Westberliner Absender tragen, regelmäßig ohne jeden Vermerk an die Berliner Post zurückschickt?
75. Abgeordneter
**Dr. Riedl
(München)** Welche jährlichen Einsparungen hat die Deutsche Bundespost seit Einführung der Postleitzahlen durch diese Rationalisierungsmaßnahme erzielt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

76. Abgeordneter
Baier Ist dem Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen bekannt, daß sich bei der Deutschen Bau- und Bodenbank für Maßnahmen der Vor- und Zwischenfinanzierung aus Bundesmitteln im Jahre 1970 das reduzierte

- Kreditvolumen insoweit besonders nachteilig auswirkte, als die Bank einer erhöhten Nachfrage nach Förderungsmitteln für Eigentumsmaßnahmen trotz des Einsatzes eigener Mittel nicht voll entsprechen konnte und gegenüber dem Vorjahr 800 Objekte infolge Mittelknappheit weniger gefördert werden konnten?
77. Abgeordneter
Dr. Gatz Wie hoch sind die Mittel, die die Bundesregierung bis 1975 in ihrer Finanzplanung für die Förderung des echten sozialen Wohnungsbaus eingesetzt hat?
78. Abgeordneter
Erpenbeck Trifft die Auffassung des Bonner Städtebauinstituts zu, daß ab 1972 jährlich etwa 15 000 Eigenheime und Eigentumswohnungen weniger gebaut werden können, wenn von diesem Zeitpunkt an die Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau nicht mehr gewährt werden?
79. Abgeordneter
Erpenbeck Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß nach Auffassung vor allem der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft die echte Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau heute pro Quadratmeter monatlich zwischen 4,50 DM und 5,50 DM liegen müßte, während z. T. nur eine monatliche Kostenmiete von 3,50 DM im Bundesdurchschnitt anerkannt wird?
80. Abgeordneter
Balkenhol Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bonner Städtebauinstituts, wonach zur Deckung des bis 1985 notwendigen Wohnungsbedarfs über 600 Milliarden DM erforderlich sind?
81. Abgeordneter
Balkenhol Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Bonner Städtebauinstituts, wonach die genannten 600 Milliarden DM nur aufgebracht werden können, „wenn der Strom privater Finanzierungsmittel in den Wohnungsbau nicht beeinträchtigt wird“?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

82. Abgeordneter
Varellmann Steht es mit dem Gleichheitsgrundsatz der Bundesrepublik Deutschland in Einklang, daß in den finanzstarken Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen die Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, dagegen in den finanzschwachen Ländern mit einem geringen Pro-Kopf-Einkommen diese Lernmittel bezahlt werden müssen?

83. Abgeordneter
Varelmann Ist die Bundesregierung bereit, in den Ländern, wo die Kostenfreiheit der Lernmittel nicht besteht, den Eltern für diesen Aufwand eine Steuervergünstigung zu bieten?
84. Abgeordnete
Frau Huber Treffen Veröffentlichungen zu, wonach die 423 griechischen Volksschullehrer, die in der Bundesrepublik Deutschland griechische Kinder unterrichten, durch regelrechte V-Männer kontrolliert werden — möglicherweise sogar im Bereich der Schule selbst?
85. Abgeordnete
Frau Huber Haben Griechen, die als Lehrer geeignet sind, bei der Einstellung Schwierigkeiten, wenn sie schon länger in der Bundesrepublik Deutschland leben, und wird auf die eingestellten griechischen Lehrkräfte, die dem deutschen Schulrecht unterstehen und aus deutschen Steuermitteln bezahlt werden, von griechischer Seite ein auf häufige Versetzung gerichteter Druck ausgeübt?
86. Abgeordneter
Engelsberger Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Forderungen im Grundsatzpapier des Bundesspitzengremiums des „Ausschusses junger Lehrer und Erzieher“ in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, daß die Lehrer „solidarisch den Kampf der Arbeiter gegen das Kapital unterstützen“ und „den Anpassungsprozeß der Schüler an die Zwänge des kapitalistischen Systems nicht fördern, sondern ihn durchkreuzen“ sollen, mit den einschlägigen Bestimmungen im Grundgesetz zum Schutze unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, und mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung solchen Entwicklungen zu begegnen?
87. Abgeordneter
Dr. Gatzert Wann wird die Bundesregierung das im Carl Heymanns-Verlag erschienene Buch „Das Informationsbankensystem der Bundesregierung“ zur Auslieferung freigeben?
88. Abgeordneter
Dr. Probst Wie gedenkt die Bundesregierung die Zusatzversicherung der angestellten Wissenschaftler an Forschungszentren zu gestalten, um den Austausch von Wissenschaftler zwischen Staat, Wirtschaft und Industrie zu erleichtern?
89. Abgeordneter
Dr. Probst Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik vieler Wissenschaftler an staatlich geförderten Forschungszentren an den Leitlinien für die Forschungszentren, vor allem die des Verbands der Wissenschaftler an Forschungsinstituten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

90. Abgeordneter
**Dr. Schulze-
Vorberg** Wieviel der in der Bundesrepublik Deutschland ausgestrahlten Fernsehkommentare befaßten sich im Jahre 1971 mit der Ostpolitik der Bundesregierung, wieviel bewerteten davon die Politik der Bundesregierung überwiegend positiv und wieviel die Argumente der parlamentarischen Opposition?
91. Abgeordneter
**Dr. Schulze-
Vorberg** Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, diese von ihr beobachteten Fernsehkommentare zur Ostpolitik schriftlich, zumindest zur Einsicht, zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

92. Abgeordneter
Engelsberger Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Mitglieds der EWG-Kommission, Prof. Dahrendorf, daß für die europäischen Staaten „folgeschwere Konsequenzen“ zu befürchten seien, wenn die Bonner Politik „Fragen in Richtung Westen“ weiterhin weniger intensiv beantworte, als „Fragen in Richtung Osten“, und ist die Bundesregierung bereit, die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ wieder mit mehr Nachdruck zu betreiben?
93. Abgeordneter
Walkhoff Welche Funktion haben sogenannte Endverbleibsklauseln bei der Lieferung von Kriegsmaterial an Portugal?
94. Abgeordneter
Walkhoff Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Lieferung von militärischer Ausrüstung an Portugal fortsetzt, obwohl laut Angaben der portugiesischen Presse entgegen den von der Bundesregierung veröffentlichten Endverbleibsklauseln Waffen und Ausrüstung in den Kolonialkriegen eingesetzt werden?
95. Abgeordneter
Matthöfer Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus der Entschließung V. der 59. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union (Drucksache VI/2679) zu ziehen, in der diese alle Staaten ersucht, „der Bevölkerung der unter Kolonialherrschaft stehenden Gebiete ihre materielle und moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit sie ihre Kämpfe um die Wiederherstellung ihrer unveräußerlichen Rechte fortsetzen können“?

96. Abgeordneter
Riedel
(Frankfurt) Teilt der Bundeskanzler die ihm in einem Brief zuteil gewordene Auffassung eines Oberschlesiens, daß er auch der für die Deutschen in Oberschlesien zuständige Bundeskanzler ist?
97. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Sowjetregierung an die Verpflichtung des Viermächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 zu erinnern, wonach (in den „Schlußbestimmungen“) das Viermächte-Schlußprotokoll „abzuschließen ist, sobald die in Teil II dieses Viermächte-Abkommens und in seinen Anlagen vorgesehenen Maßnahmen vereinbart worden sind“ und also eine weitere Verzögerung der Schlußunterschrift — nachdem die zuständigen deutschen Behörden ihre Regelungen unterzeichnet haben — nicht mit dem Willen der Vier Mächte und dem Inhalt ihres Berlin-Abkommens übereinstimmt?
98. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München) Ist es richtig — wie eine Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. Dezember 1971 und anderer Organe besagt —, daß an den deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergängen tschechoslowakischerseits verschärfte Kontrollen und Zurückweisungen bei bestimmten Reisenden mit der Folge längerer Wartezeiten stattfinden, und hat die Bundesregierung, falls diese Maßnahmen zu einer wesentlichen Verschlechterung der bisherigen Reisemöglichkeit führen, sich über die zuständige Schutzmacht bei der tschechoslowakischen Regierung um Abhilfe bemüht?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Rainer
Kann die Bundesregierung die Meldung der „Welt“ vom 22. Dezember 1971 bestätigen, das sowjetische Außenhandelsunternehmen „Meshdunarodnaja Kniga“ habe 1971 erstmalig in einem Prospekt „Berlin (West)“ als Land neben der Bundesrepublik Deutschland aufgeführt und als Valuta, in der Zahlungen zu leisten seien, für die Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Mark und für „Berlin (West)“ den US-Dollar angegeben, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung dagegen unternommen bzw. gedenkt sie zu unternehmen?
2. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
Wird — gegebenenfalls aus welchen Gründen — das „Institut zur Erforschung der UdSSR“ demnächst aufgelöst, und welche Einrichtungen werden auf Grund der bisher geleisteten Arbeit dessen Aufgaben sowie die umfangreiche Spezialbibliothek übernehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter
Engelsberger
Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die österreichischen Behörden dahin gehend einzuwirken, Maßnahmen zu treffen, daß durch die Tiroler Ache nicht weiterhin Unrat in größeren Mengen auf bayerisches Gebiet geschwemmt und dadurch der Chiemsee unzumutbar verschmutzt wird?
4. Abgeordneter
Dr. Schneider (Nürnberg)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Zuständigkeiten des Bundes aus den Artikeln 91 Abs. 2 und 87 a Abs. 4 des Grundgesetzes, nachdem das Bundesland Niedersachsen seine Polizei Zeitungsberichten zufolge mit der Begründung abrüsten will, zur Bekämpfung „größerer revolutionierender Gruppen“ müsse ohnehin die Bundesregierung mit Bundesgrenzschutz und Bundeswehr eingreifen, wenn sich derartige Bandenkämpfe bis zu einem Bürgerkrieg verschärften?
5. Abgeordneter
Blechele
Wie groß ist nach Meinung der Bundesregierung der Anteil der Waschmittelposphate an der Eutrophierung der deutschen Binnengewässer, vor allem des Bodensees, des größten Trinkwasserspeichers Europas (vgl. meine Ausführungen in der 155. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 1971 im Rahmen der Aussprache über das Umweltprogramm der Bundesregierung)?

6. Abgeordneter
Biechele
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dafür einzutreten, daß durch die Benutzung von phosphatarmen Waschmitteln, wie sie seit einiger Zeit in der Schweiz angeboten werden, von den Verbrauchern ein wirkungsvoller Beitrag dafür geleistet wird, daß die dringliche Aufgabe der Reinigung und Reinhaltung der deutschen Binnengewässer, vor allem des Bodensees, gemeistert werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

7. Abgeordneter
Schlaga
- Welche Kriterien für eine Begnadigung von Strafgefangenen, insbesondere von lebenslänglichen, erwägt der Bundesminister der Justiz, den Ländern im Sinne einer möglichst einheitlichen Handhabung in der Bundesrepublik Deutschland vorzuschlagen, und in welchem der zu erwartenden Gesetzesnovellierungen wird dies voraussichtlich seinen Niederschlag finden?
8. Abgeordneter
Wuwer
- Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung, um ausländische Arbeitnehmer vor Mietwucher, der Unterbringung in menschenunwürdigen Quartieren und ihrer (teilweise schon sprachlich bedingten) Benachteiligung gegenüber Deutschen bei der Wohnungssuche zu schützen, und welche Maßnahmen hat sie in dieser Beziehung möglicherweise schon ergriffen?
9. Abgeordneter
Dr. Abelein
- In welchem Umfang bestehen Pläne der Bundesregierung zur Entschädigung für Opfer von Verbrechen, wenn die Täter zur Schadensersatzleistung nicht in der Lage sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

10. Abgeordneter
**Schmidt
(Kempten)**
- Entspricht die in dem Informationsdienst „Rundblick“ vom 1. Dezember 1971 festgestellte Behauptung den Tatsachen, Bayern würde bezüglich der Anträge von Investitionszulagen erheblich benachteiligt, da von über 2860 Anträgen im ersten Halbjahr 1971 nur 1283 genehmigt worden wären?
11. Abgeordneter
**Schmidt
(Kempten)**
- Welche Ursachen liegen, wenn die in Frage 10 genannten Zahlen zutreffen, der großen Ablehnungsquote zugrunde, bzw. wie sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, diese Quote in Zukunft niedriger zu halten?

12. Abgeordneter
Dr. Häfele
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einem Erlaß des Regierungspräsidiums Südbaden vom 30. November 1971 — Az.: 22/45/5515 — die Erschließung von Industriegelände in Bundesausbaubereichen auch in Schwerpunkttorten nur dann gefördert wird, wenn „konkrete Ansiedlungs- oder wesentliche Erweiterungsvorhaben“ vorliegen, eine „Erschließung von Vorratsgelände“ also nicht möglich sein soll?
13. Abgeordneter
Dr. Häfele
- Was gedenkt die Bundesregierung gegen diesen Erlaß zu unternehmen, nachdem er den Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft vom 1. März 1971 unter II. A. 4. a) eindeutig widerspricht, wonach in Schwerpunkttorten, wie z. B. Stockach und Meßkirch, die Erschließung von Industriegelände „entsprechend dem Bedarf für voraussehbare Industrieansiedlungen und -erweiterungen“ gefördert werden kann?
14. Abgeordneter
Dr. Schwörer
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wann mit einer abschließenden Behandlung der Verordnungsvorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Mitteilung von Investitionsvorhaben und Einfuhren im Energiebereich im Rat zu rechnen ist, und ob sie sich dafür einsetzen wird, daß das bald geschieht?
15. Abgeordneter
Hansen
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach einige Versicherungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland ausländische Arbeitnehmer nur unter erschwerten Bedingungen haftpflichtversichern, sie von Vollkasko-Versicherungen ganz ausschließen und nach dem ersten Schadensfall häufig den Vertrag annullieren?
16. Abgeordneter
Hansen
- Ist die Begründung für solche diskriminierenden Praktiken, daß ausländische Arbeitnehmer die doppelte Schadenhäufigkeit aufwiesen, zutreffend?
17. Abgeordneter
**Schiller
(Bayreuth)**
- Treffen Meldungen zu, daß die Prämien in der Gebäudefeuerversicherung zum Jahresende deshalb so drastisch um 20 bis 30% angehoben wurden, weil in der Feuerversicherung die Industrie- und Wohngebäude in einem Risikoblock zusammengefaßt sind und die Industrie- und Wohngebäude mit immer größeren Schäden konfrontiert wird?
18. Abgeordneter
**Schiller
(Bayreuth)**
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, über das Versicherungsaufsichtsamt dahin gehend Einfluß zu nehmen, Wohngebäude gesondert zu versichern, da mehr als die

Hälfte aller Wohngebäude in der Bundesrepublik Deutschland bei öffentlich-rechtlichen Anstalten versichert sind und deshalb zwangsweise die höheren Schäden in der Industrie- und feuerversicherung mitbezahlen müssen?

19. Abgeordneter
Weigl

Trifft es zu, daß im Zonenrandgebiet die Zonenrandländer Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Haushaltsjahr 1971 wegen der binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen aus eigenen Haushaltsmitteln nicht durchführen konnten, weil die Bundesregierung die Länderprogramme für das Zonenrandgebiet von Zuführungen zur Konjunkturausgleichsrücklage, von zeitlichen Zurückstellungen bei der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen und auch von einer Verminderung der Kreditaufnahme der Länder nicht aufgenommen hat, und um welche Infrastrukturmaßnahmen handelt es sich dabei gegebenenfalls?

20. Abgeordneter
Wuwer

Hat die Bundesregierung die Prospektierung und weitere Vorbereitung der Ausbeutung von Erdgas- und Erdölvorkommen im Schelfgürtel der Bundesrepublik Deutschland soweit vorangetrieben, daß in absehbarer Zeit (ähnlich wie jetzt bereits Dänemark) mit der Förderung gerechnet und dadurch die Abhängigkeit der Energieversorgung vom Ausland vermindert werden kann?

21. Abgeordneter
Dr. Evers

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Versicherungsunternehmen bei der Bearbeitung von Schadensfällen die Auszahlung des Versicherungsbetrags an die Versicherungsnehmer oft ungebührlich lange verzögern und dadurch zu Lasten ihrer Versicherungsnehmer wirtschaftliche Vorteile erzielen?

22. Abgeordneter
Dr. Evers

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Versicherungsunternehmen zu einem Abgehen von dieser Geschäftspraxis zu Lasten ihrer Versicherungsnehmer gegen seine Versicherungsgesellschaft zu Lasten der Versicherung von einem bestimmten Tage zu verzinzen?

23. Abgeordneter
Dr. Arnold

Hat die Bundesregierung die Absicht, die Abteilung Bundesvermögen der Oberfinanzdirektion Düsseldorf nach Köln zu verlegen, obwohl die Hauptgesprächspartner dieser Dienststelle, nämlich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Wehrbereichsverwaltung III und die britischen Streitkräfte ihren Sitz in Düsseldorf haben?

24. Abgeordneter
Dr. Arnold Ist die Bundesregierung bereit, diese Dienststelle der Oberfinanzdirektion in Düsseldorf zu belassen und damit auch zu berücksichtigen, daß die Beamten und Angestellten, die zum großen Teil älter als 55 Jahre sind, durch eine Verlegung nach Köln hart getroffen würden?
25. Abgeordneter
Wohlrahe Welche Absprachen zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin liegen den Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Schütz, zu Grunde, „die Gebühr in Höhe von 15 DM für einen mehrtägigen Aufenthalt in der DDR (gemäß Berlin-Abkommen) werde die Bundesregierung übernehmen“?
26. Abgeordneter
Wohlrahe Ist die Bundesregierung in der Lage darzulegen, wie hoch etwa die Belastungen des Bundeshaushalts für die Entrichtung einer derartigen Gebühr an die ostberliner Regierung sind, und in welchen Einzelplan bzw. Titel die Bundesregierung diese Zahlung einzustellen beabsichtigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

27. Abgeordneter
**Dr. Wagner
(Trier)** Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die französische Regierung bei einer Auseinandersetzung über den Erlaß einer Marktordnung für Hammelfleisch im Rat der Europäischen Gemeinschaften die Auffassung vertreten hat, die Kommission sei nicht befugt, über die Vorlage ihrer Vorschläge nach ihrem politischen Ermessen zu entscheiden?
28. Abgeordneter
**Dr. Wagner
(Trier)** In welcher Weise hat der Vertreter der Bundesregierung im Rat zu dieser Streitfrage Stellung genommen?
29. Abgeordneter
Dr. Beermann Ist der Bundesregierung bekannt, daß innerhalb der Bauernschaft Schleswig-Holsteins Sorge besteht — wie sie z. B. auf dem Kreisbauerntag des Kreises Herzogtum Lauenburg am 15. Dezember 1971 deutlich zum Ausdruck gekommen ist —, daß durch den Beitritt Englands und insbesondere Dänemarks zur EWG ein Preisdruck auf landwirtschaftliche Produkte ausgeübt werden könnte, der zur weiteren Senkung des bereits beeinträchtigten Lebensstandards der hiesigen Bauernschaft führen würde?
30. Abgeordneter
Dr. Beermann Wie beurteilt die Bundesregierung die hier zum Ausdruck gekommenen Sorgen?

31. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft für Beamte mit einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung und Promotion, die Leiter von Forschungsinstituten mit mehreren wissenschaftlichen Mitarbeitern sind, Planstellen nur nach der Besoldungsgruppe A 14 (Endgrundgehalt 2470,77 DM) zur Verfügung stehen, während die Beamten in der Spitzengruppe des gehobenen Verwaltungsdienstes in den Bundesministerien (einschließlich der Zulagen nach § 1 Nr. 17.2 und § 6 Abs. 41.1 des BesVNG) 2563,60 DM erhalten, obwohl die Aufgaben eines Teils dieser Beamten sich von den Aufgaben der Verwaltungsbeamten bei den nachgeordneten Behörden nur durch ihre engeren Grenzen unterscheiden?
32. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Hält die Bundesregierung die Bewertung der Ämter forschend wirkender Wissenschaftler bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft mit ihrer immer wieder verkündeten Absicht für vereinbar, Bildung und Wissenschaften fördern zu wollen, ohne Schritte zu unternehmen, um diesem Mißverhältnis abzuhelpfen und die Bezüge der beamteten Wissenschaftler im Bundesdienst den Bezügen vergleichbarer Wissenschaftler im Hochschulbereich (durch einen höheren Anteil an Beförderungsämtern) anzupassen und dadurch der Abwanderung der Spitzenkräfte der Bundesforschungsanstalten entgegenzuwirken?
33. Abgeordneter
Niegel Wie haben sich die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft seit 1962 verändert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordneter
Batz Ist der Bundesregierung bekannt, daß der ehemalige Vorgesetzte des Judenmörders Eichmann, Professor Reinhard Höhn, im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit pensionierte Bundeswehroffiziere ausbildet (siehe Nürnberger Abendzeitung vom 4./5. Dezember 1971)?
35. Abgeordneter
Batz Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß so stark belastete ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht als Ausbilder für die Bundesanstalt für Arbeit infrage kommen dürfen?

36. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen) Wie beurteilt die Bundesregierung Presseverlautbarungen, daß berufliche Umschulungsmöglichkeiten von den zuständigen Behörden durch schleppende Bearbeitung und bürokratische Engstirnigkeit verzögert wenn nicht sogar unmöglich gemacht werden?
37. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß insbesondere bei finanziellen Schwierigkeiten und Notlagen den Umschülern kurzfristig und nachhaltig geholfen werden könnte?
38. Abgeordneter
Müller
(Berlin) Welche Einwände würde die Bundesregierung erheben gegen eine Änderung der jetzigen Schlußfrist „1. Januar 1967“ (§ 50 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes) für Nachentrichtung von Beiträgen, rückwirkend bis zum 1. Januar 1924, für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte, bei denen der Eintritt des Versicherungsfalles vor dem 1. Januar 1967 liegt?
39. Abgeordneter
Müller
(Berlin) Wäre die Bundesregierung bereit — falls sie keine schwerwiegenden Bedenken hat —, geeignete Vorschläge für eine nochmalige Verlegung des jetzigen Schlußtermins auf einen späteren Zeitpunkt zu machen?
40. Abgeordneter
Pfeifer Beabsichtigt die Bundesregierung, im Zuge der weiteren Verbesserungen der Gesetzgebung für die Kriegsoffer auch die Initiative zu einer Änderung von § 62 Abs. 1 BVG dahin gehend zu ergreifen, daß eine entsprechende Neufeststellung des Anspruchs auch dann zu erfolgen hat, wenn sich die Auswirkungen der Schädigung verändern (Problem des sogenannten Nachschadens)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

41. Abgeordneter
Engelsberger Muß in der Tatsache, daß der NATO-Partner Dänemark die Wehrpflicht von 12 auf 6 Monate verkürzen und die Luft und Seestreitkräfte reduzieren will, nicht eine Gefährdung der Nordflanke der NATO gesehen werden, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um insbesondere die Sicherheit von Schleswig-Holstein zu gewährleisten?
42. Abgeordneter
Biehle Wie weit sind die Planungen gediehen für die Soldatenheime der Garnisonen Hammelburg und Wildflecken, und wann kann angesichts der besonderen Bedeutung der Soldatenheime gerade in dem großen Standort Hammelburg

- und in dem Einödstandort Wildflecken mit dem Bau begonnen werden, zudem der fürsorgliche Bereich der Soldaten in den beiden Weißbüchern des Bundesverteidigungsministeriums eine besondere Priorität genießt?
43. Abgeordneter
Würtz Ist in der Zukunft daran gedacht, die bei der Teilstreitkraft Heer bisher in Zweitfunktion wahrgenommene Aufgabe eines Fahrlehrers — wie bei der Luftwaffe und Marine — als eigenständige Tätigkeit und damit als Planstelle auszuweisen?
44. Abgeordneter
Würtz Sind dem Bundesministerium der Verteidigung die Schwierigkeiten bekannt, die in der Bundeswehr ausgebildeten Feuerwerkern nach ihrem Ausscheiden als Soldaten entstehen, wenn sie eine Anstellung im zivilen Bereich der Bundeswehr anstreben?
45. Abgeordneter
Pieroth Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Schwarzerden auf Grund der Kürzung von Mitteln für Instandhaltungsarbeiten an Bundeswehrkraftfahrzeugen in einem Werk 888 von 1019 Belegschaftsmitgliedern von Kurzarbeit betroffen werden, obwohl bis Ende 1971 Überstunden angesetzt werden mußten, um das Soll zu erfüllen, und ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß diese Kurzarbeit bei besserer Planung — das betreffende Werk führt ausschließlich Aufträge der öffentlichen Hand aus — hätte vermieden werden können?
46. Abgeordneter
Pieroth Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ggf. unternehmen, um die Folgen dieser Fehlplanung wieder auszugleichen?

Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

47. Abgeordneter
**Dr. Kliesing
(Honnef)** Verfügt der Bundesminister für Verkehr über Daten aus jüngster Zeit über die Verkehrssituation auf der B 257 im Bereich der Stadt Meckenheim bis zum Beginn der A 221, insbesondere in den Verkehrsspitzenzeiten?
48. Abgeordneter
**Dr. Kliesing
(Honnef)** Welche Vorstellungen hat der Bundesminister für Verkehr hinsichtlich einer baldigen Erleichterung der Situation?
49. Abgeordneter
Baeuchle Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf der B 492, insbesondere im Streckenabschnitt Blaubeuren—Schelklingen, nahezu der gesamte Schwerlastverkehr der Silolastzüge von insgesamt drei großen Zementfabriken, und zwar der Firmen Gebr. Spohn, Blaubeuren, Heidelberger Zement AG., Werk Schelklingen, und der Fa. Schwenk KG., Allmendingen, lastet?

50. Abgeordneter
Baeuchle
- Bis wann ist — unter Berücksichtigung dieser Tatsache — mit dem auch im Hinblick für alle übrigen Straßenbenutzer dringend notwendigen Ausbau des für solch starken LKW-Verkehr zu schmalen, an beiden Fahrbahnrändern stückweise stark herabhängenden und vor allem stark ausgeflickten unausgebauten Teilstücks der B 492 zwischen Schelklingen und Allmendingen zu rechnen?
51. Abgeordneter
Picard
- Wann, auf welche Weise, durch welche Institution und mit welchem exakten, detaillierten Ergebnis hat der Bundesminister für Verkehr, wie in der Antwort vom 15. Dezember 1971, 159. Sitzung des Deutschen Bundestages auf meine Fragen — Drucksache VI/2938 Fragen A. 4 und 5 — genannt, „wiederholt die Eigenschaften der Windschutzscheiben aus Verbundglas und der Windschutzscheiben aus Einscheiben-Sicherheitsglas sorgfältig geprüft“?
52. Abgeordneter
Picard
- Trifft es zu, daß Italien, Schweden, Norwegen, die USA und Kanada den serienmäßigen Einbau von Verbundglas-Windschutzscheiben angeordnet und Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg sich für die alleinige Einführung des Verbundglases ausgesprochen haben, gegebenenfalls aus welchen Gründen haben die jeweiligen Länder so entschieden, und wie gedenkt sich die Bundesregierung zu entscheiden?
53. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
- Wie steht die Bundesregierung zu der seit dem 1. November 1971 zusätzlich zum Flugpreis im Passagier- und Luftfrachtverkehr erhobenen Flugsicherungsgebühr?
54. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
- Hält die Bundesregierung es nicht für richtiger, in die Flugpreise und Gebührensätze für Frachten diese Flugsicherungsgebühr einzuarbeiten?
55. Abgeordneter
Dr. Schmude
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Fahrzeugverkehr, den die Ortsdurchfahrt der B 60 in Neunkirchen-Vluyn bei enger Bebauung auf beiden Seiten und einer Fahrbahnbreite von teilweise nur 5,50 m aufzunehmen hat, nach dem Ausbau der E 3 bis Moers dem Verkehrsaufkommen einer normal ausgelasteten Bundesautobahn entspricht und dadurch nicht nur eine ständige Gesundheitsbeeinträchtigung der Anwohner, sondern auch erhebliche Gefahren für das Leben der Verkehrsteilnehmer mit sich bringt?
56. Abgeordneter
Dr. Schmude
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die vorstehend geschilderte Gefahrenlage beschleunigt zu beseitigen?

57. Abgeordneter
Dr. Klepsch Wird nunmehr beschleunigt mit dem Bau der seit vielen Jahren geplanten Verlegung der B 9 in Boppard, für die der Planfeststellungsbeschuß für den 1. Bauabschnitt im Jahre 1968 bereits rechtskräftig erlassen wurde und der inzwischen mit Rücksicht auf die engere Ortsdurchfahrt vordringlich ist, begonnen und ist die Finanzierung des 1. Bauabschnitts im Haushaltsplan 1972 berücksichtigt?
58. Abgeordneter
Dr. Klepsch Wann wird das Planfeststellungsverfahren im Zuge des Ausbaues der B 42 im Abschnitt Koblenz-Pfaffendorf/Ehrenbreitstein (Flaschenhals) eingeleitet, nachdem die Planung seit über einem Jahr zur Genehmigung im Bundesverkehrsministerium vorliegt und die etwa erforderlich nachträglichen Abstimmungen mit der Stadtverwaltung erfolgt sein dürften?
59. Abgeordneter
Dr. Fuchs Ist die Bundesregierung bereit, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, damit das Teilstück des Verkehrsnetzes der Deutschen Bundesbahn zwischen Plattling und Landshut elektrifiziert werden kann?
60. Abgeordneter
Dr. Fuchs Bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Vollendung dieser Maßnahme?
61. Abgeordneter
Cramer Ist die Bundesregierung bereit, die Gebühr für Sendeleistungen zu ermäßigen, so daß die Rundfunkanstalten in die Lage versetzt werden, auch in Zukunft Live-Sendungen aus Städten ohne eigene Sender und Anschlußleitungen auszustrahlen?
62. Abgeordneter
Cramer Welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die mittleren und kleineren in Frage kommenden Großstädte nicht zu benachteiligen?
63. Abgeordneter
Dr. Hauff Sollte nach Auffassung der Bundesregierung die Deutsche Bundespost auch im Bereich „Postscheckdienst“ bei der Festlegung ihrer Gebühren nach dem Kostendeckungsprinzip vorgehen?
64. Abgeordneter
Weigl Wird die Bundesregierung die Rentner von der beabsichtigten Erhöhung der Telefongrundgebühren aus sozialen Gründen befreien?
65. Abgeordneter
Dr. Haack Ist es richtig, daß nach einem Entscheid des Bundesministeriums für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen beim Einsatz von Münzwertzeichengebern der wirtschaftliche Nutzen im Vordergrund stehen muß und deshalb von den Postämtern die Aufstellung von Briefmarken- und Münzwechselautomaten in Altersheimen abgelehnt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Städtebau und Wohnungswesen**

66. Abgeordneter
Wagner
(Günzburg) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im Rahmen der Richtlinien für die Verbilligung von Darlehen zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden vom 19. Oktober 1971 zur Verfügung gestellten Mittel (Zuschüsse zum Verzinsungs- und Tilgungsaufwand für Kapitalmarktdarlehen) völlig unzureichend waren, nachdem diese bereits einen Monat nach Erlass der Richtlinien erschöpft waren?
67. Abgeordneter
Wagner
(Günzburg) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, in welcher Höhe Verbilligungsmittel der in Frage 66 genannten Art im Haushaltsjahr 1972 zur Verfügung gestellt werden, und welcher Betrag davon auf den Freistaat Bayern entfällt?
68. Abgeordneter
Dr. Haack Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Mietern in Organen der Wohnungsgesellschaften Mitbestimmungsrechte einzuräumen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

69. Abgeordneter
Gottesleben Hält die Bundesregierung Zuwendungen des Bundes für den Bau von Schulen in Grenzgebieten aus verfassungsrechtlichen Gründen für unzulässig?
70. Abgeordneter
Gottesleben Wenn die Frage 69 bejaht wird, wie ist es zu erklären, daß das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen etwa zwei Jahrzehnte lang Bundeszuschüsse für Schulbauten in Grenzgebieten gewährt hat, ohne daß dies von irgendeiner Seite beanstandet worden ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

71. Abgeordnete
Frau Dr. Walz Wann ist mit der Einsetzung der Studienreformkommission sowie mit der Entwicklung neuer 3jähriger Studiengänge zu rechnen, nachdem im Zeitplan für die Studienreform im 4. revidierten Entwurf für einen Bildungsgesamtplan hierfür noch das Jahr 1971 genannt wird?

72. Abgeordnete
Frau Dr. Walz Welches ist der Stand der Entwicklung — laut 4. Entwurf für einen Bildungsgesamtplan „sofort zu ergreifende Maßnahme“ — von überregional koordinierten Kontaktstudien im Zusammenwirken von staatlichen Stellen und Hochschulen unter Beteiligung von Berufsverbänden und Einrichtungen der Weiterbildung?
73. Abgeordneter
Lenzer Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß bei den Vorhaben im Rahmen des 2. EDV-Programms eine projektbegleitende Sach- und Finanzkontrolle gewährleistet ist?
74. Abgeordneter
Lenzer Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Informationsdienst für Kurzfassungen von Berichten über Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die die Bundesregierung gefördert hat, einzurichten, ähnlich dem „National Technical Information Service“ in den USA?
75. Abgeordneter
Dr. Hubrig Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung zur Förderung von Techniken und Verfahren der Rohstoffgewinnung aus dem Meer?
76. Abgeordneter
Dr. Hubrig Wie verteilen sich die Ausgaben des Bundes für Meeresforschung und Meerestechnik in den Jahren 1967 bis 1972 getrennt nach den Bereichen Meeresforschung und Meerestechnik?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

77. Abgeordneter
Breidbach Ist der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereit, in der Präzisierung seiner Antwort auf meine Anfrage in der Fragestunde vom 11. November 1971 Auskunft darüber zu geben, wie sich der prozentuale Anstieg der Personalausgaben im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Ein- und Ausgliederungen darstellt?

Bonn, den 14. Januar 1972